



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: Motion von Marc Bürgi, BDP: Dem wachsenden Zentralismus ist Einhalt zu gebieten

Autor/in: [Marc Bürgi](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 5. September 2013

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Der Kanton Basel-Landschaft ist einer der zentralistischen Kantone innerhalb der Eidgenossenschaft. Dieser Zentralismus ist ausgesprochen teuer und widerspricht dem föderalistischen Gedanken, worauf unsere Eidgenossenschaft basiert. Der wachsende Zentralismus verlagert dabei nicht nur Kompetenzen und Befugnisse von den Gemeinden und den Bezirken zum Kanton, sondern auch die Kosten.

Zur Wahrung des Zusammenhalts unseres Kantons, erwarte ich eine Abkehr von dieser bisherigen Entwicklung. Einerseits ist es wichtig, dass die Bezirke und die Gemeinden der Bevölkerung selbständig und eigenverantwortlich gewisse Dienstleistungen anbieten können, andererseits muss der Kanton aus Kostengründen und Administrationsaufwand nicht unnötig aufgebläht werden.

Aufgrund den Sparmassnahmen im Rahmen des Entlastungspakets 2015 wurden unter anderem die sechs Bezirksgerichte (Laufen, Arlesheim, Liestal, Waldenburg, Sissach und Gelterkinden) zu zwei Kreisgerichte (Arlesheim und Sissach) zusammengelegt. Dieser Entscheid im Rahmen des Entlastungspakets war für den Kanton aufgrund der Sparmassnahmen notwendig. Dass jedoch für die Zusammenlegung und die Reorganisation zuerst mind. 1.25 Millionen investiert werden muss, ist unschön.

Das Volk bestätigte an der Urne die Sparmassnahmen und entzog dadurch den Bezirken ihre Autonomie. Für die Bürgerinnen und Bürger in diesen Bezirken bedeutete dieser Abbau auch einen Verlust ihrer Identität.

Diese Sparmassnahmen und die Einführung von nur noch 2 Kreisgerichten erfordern Personalabbau, eine teure Reorganisation und erwartet mehr Mobilität von Mitarbeitenden und den Kunden. Dieser zusätzliche Verkehr ist unnötig.

Eine Zusammenlegung der Bezirksgerichte zu zwei Kreisgerichten war eine Option. Eine andere Möglichkeit wäre gewesen, die Bezirksgerichte und Amtsnotariate aus dem Kanton auszugliedern und somit die Verantwortung und dadurch auch die Kosten in diese Bezirke abzugeben. Die Oberaufsicht könnte jedoch beim Kanton belassen werden.

Die Schaffung von Bezirksstrukturen ist im Übrigen eine reale Alternative zu Gemeindefusionen, wo Name und Identität der betroffenen Gemeinden erhalten werden können.

Hiermit beauftrage ich die Regierung, einen Gesetzesentwurf auszuarbeiten, welcher ermöglicht:

- **Die Schaffung von demokratisch legitimierten, eigenständigen Bezirksstrukturen**
- **Übernahme der öffentlich-rechtlichen Institutionen wie Amtsnotariate oder Bezirksgerichte inklusive dem Personal, der Infrastruktur und der Dienstleistung durch diese Bezirksstrukturen**
- **Beibehalten der Bezirksgerichte und Amtsnotariate und somit Gewährung von schlanken und kostengünstigen Abläufen vor Ort, welche den Bürgerinnen und Bürger entgegenkommen und den Kanton wirklich finanziell entlasten**

- **Weiterentwicklung dieser Strukturen auf Dienstleistungen wie Feuerwehr, Polizei, usw. (Erhöhung der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden)**